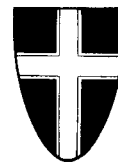


AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-704-1 bis 3/92

Wien, 8. April 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arbeitslosenver-
sicherungsgesetz 1977 und das
Sonderunterstützungsgesetz
geändert werden;
Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme

GESETZENTWURF	
16	GE/19. PZ
Datum: 14. APR. 1992	
Verteilt: 16. April 1992 Kauer	

An das
Präsidium des Nationalrates

St. Jager

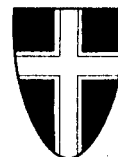
Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Feischl

Dr. Feischl
Magistratsvizedirektor

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **40 00-82124**

MD-704-1 bis 3/92

Wien, 8. April 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arbeitslosenver-
sicherungsgesetz 1977 und das
Sonderunterstützungsgesetz
geändert werden;
Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme

zu Zl. 37.001/28-3/91

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 27. Februar 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken grundsätzlicher Art bestehen. Allerdings könnte sich der Entwurf, der als Bundesgesetz bereits mit 1. Juli 1992 in Kraft treten soll, zunächst lediglich auf jene Gesetzesänderungen beschränken, die einem innerstaatlichen Regelungsbedarf Rechnung tragen sollen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor